

18. AUG. 1965

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/147

Bonn, den 4. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Solidarität mit dem demokratischen Deutschland 71

Freie Gewerkschaften fordern Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen

3 Wilhelm Liebknecht 46

Ein Kämpfer ohne Furcht und Tadel  
Von Dr. Manfred Geßner

4 - 5 Beuchtes Wahlkampfpulver der CDU 59

Hessische Dorfgemeinschaftshäuser finden nach wie vor großen Anklang  
Von Fritz-Hans Rückel

5 Zeit für Gerüchtenmacher 24

Geschwätz um künftige Koalitionseildungen

6 - 6a Botschafter... 60

Beobachtungen und Stimmungen in Israel  
Von Georg Scheuer, z.Z. in Tel-Aviv

6a Geschehen in Holland... 25

Hilfe für Deutschen, der Juden bei sich versteckte

+ +

Solidarität mit dem demokratischen Deutschland

---

Freie Gewerkschaften fordern Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen

sp - In letzter Zeit häufen sich Meldungen, wonach in Versammlungen von Diskussionsrednern, deren politische Herkunft deutlich ist, in Zweifel gezogen wird, daß die internationale freie Gewerkschaftsbewegung ebenso wie der deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Industriegewerkschaften unbedingt zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes stehen. Derartige Bemerkungen verfolgen einen bestimmten Zweck. Man will besonders bei der Arbeiterschaft den Eindruck erwecken, als könne sie und ihre Gewerkschaften in der Bundesrepublik sich nicht auf die politische Solidarität der freien internationalen Gewerkschaftsbewegung verlassen. Gelegentlich wird auch angedeutet, der kürzlich in Amsterdam stattgefundenen Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) habe nicht einmal zum Deutschlandproblem Stellung genommen, woraus zu schließen sei, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden "kein besonderes Interesse" erwecke.

Alle Tatsachen widersprechen derartigen Behauptungen und Unterstellungen. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat auf seinen Kongressen die ehemaligen Siegermächte stets an ihre Verpflichtung zu Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gemahnt. Gleichzeitig haben die dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaften die Regierungen ihrer Länder immer wieder daran erinnert, daß das ungelöste deutsche Problem eine der Ursachen für die Gefährdung des Friedens in der Welt ist.

Erst kürzlich haben die amerikanischen Gewerkschaften AFL/CIO anläßlich eines Besuches des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bau Stein Erde, Georg L e b e r , in einer Erklärung die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Verleumdungskampagne in den Ostblockstaaten mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen. In der gleichen Erklärung werden die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs aufgefordert, in Moskau auf die Aufnahme neuer Viermächteverhandlungen zur Lösung des Deutschlandproblems zu drängen.

Die amerikanischen Gewerkschaften erklären, daß es ohne die gerechte Lösung der Deutschlandfrage keinen dauerhaften Frieden geben

kann und fordern die Regierung der USA auf, neue Anstrengungen zu unternehmen, um eine Wiederaufnahme der internationalen Gespräche über Deutschland herbeizuführen. Die amerikanischen Gewerkschaften versichern dem deutschen Volk und der deutschen Gewerkschaftsbewegung ihrer Freundschaft und der Solidarität der amerikanischen Arbeiterschaft und loben die Regierung der USA für die Festigkeit, mit der sie die Prinzipien der Viermächte-Verantwortung für die deutsche Einheit aufrecht erhält. Von besonderer Bedeutung für die aktuelle deutsche Politik ist der Appell der amerikanischen Gewerkschaften an die Alliierten,

- \* "daß diese die Bundesrepublik stärker in ihrem Bestreben
- \* unterstützen, von der ganzen Welt als einziger legitimer
- \* Vertreter des ganzen deutschen Volkes angesehen zu werden.
- \* Wir fordern weiter, daß unsere Regierung sich gegen jede
- \* Maßnahme wendet, die eine Konsolidierung des schändlichen
- \* Ulbricht-Regimes mit sich bringen oder sein internationales
- \* Prestige aufwerten könnte. Schließlich fordern wir von un-
- \* serer Regierung, weiterhin die Freiheit West-Berlins, das
- \* Recht, enge Bindungen mit der Bundesrepublik zu haben, und
- \* den freien Zugang zur Stadt energisch zu verteidigen."

Diese Erklärung der amerikanischen Gewerkschaften zur Deutschlandfrage lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie sind der Ausdruck der Solidarität nicht nur mit den freien deutschen Gewerkschaften in der Bundesrepublik, sondern stellen auch eine moralische Unterstützung für die in die Ulbricht-"Gewerkschaften" gepressten Arbeiter in der sowjetischen Besatzungszone dar.

Es ist kein Geheimnis, daß die DFU (Die Freunde Ulbrichts) nichts unversucht lassen, um die Solidarität innerhalb der freien Gewerkschaftsbewegung zu unterminieren. Da man weiß, daß dieses Ziel nicht durch frontale Angriffe auf den DGB und die ihm angeschlossenen Industriegewerkschaften zu erreichen ist, werden Behauptungen aufgestellt, deren Wahrheitsgehalt für den einzelnen Arbeiter nicht immer leicht zu kontrollieren ist. Die DFU verlegt infolgedessen ihre Aktivität von der nationalen auf die internationale Ebene.

Wir sind sicher, daß die deutschen Arbeiter dieses Manöver sehr schnell durchschauen und sich entsprechend verhalten werden.

Wilhelm Liebknecht

"Es wird freilich von einigen behauptet, das Lohnproletariat... stelle allein das Heer der Sozialdemokratie - was aus anderen Ständen und Klassen kommt, sei mit Mißtrauen zu betrachten. Zum Glück haben jedoch so unsinnige Anschauungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nie Anhang gefunden."

Diese Worte schrieb während des Sozialistengesetzes kein geringerer als Wilhelm Liebknecht, dessen Todestag sich am 7. August zum 65. Male jährt. Sein Leben verkörpert eine Phase der deutschen Geschichte, in der die "Untertanen" sich zusammenscharten, um ihren Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein zu verwirklichen. Wilhelm Liebknecht, ein Nachfahre Martin Luthers, hat mit Geschick und Leidenschaft in der vordersten Reihe gefochten. 1826 in Gießen als Sohn eines Registrators geboren, beschäftigt er sich bereits als Gymnasiast mit sozialistischem Gedankengut. An verschiedenen Universitäten eignet er sich umfassende philologische, theologische und philosophische Kenntnisse an, um die Laufbahn als Hochschullehrer einzuschlagen.

Daß für einen Mann seiner Gesinnung kein Platz hinter dem Katheder war, wurde Liebknecht bald klar. Bereits während seiner Studienjahre bekommt er die harte Faust des Obrigkeitsstaates zu spüren. Im März 1846 wird er aus Berlin ausgewiesen und im darauffolgenden Jahr bedeutet ihm, der sich bei einem Studentenstreik besonders hervorgetan hatte, die Behörde, Gießen wieder zu verlassen. Er bricht sein Studium ab.

Es kennzeichnet den Drang nach Freiheit und den Pioniergeist Liebknechts, daß er erwog, nach Amerika auszuwandern. Nimmt es angesichts dieser freiheitlichen Gesinnung wunder, daß er 1848 aktiv am Badischen Aufstand teilnahm? Es soll nicht Aufgabe sein, seinen Lebensweg nachzuzeichnen. Vielmehr soll durch einige Episoden die Persönlichkeit dieses Mannes erhellt werden, der für Generationen von Sozialdemokraten zu einem historischen Symbol ihrer Bewegung wurde. Nahezu 60 Monate ist er inhaftiert. Viele Jahre verbringt er in der Emigration, zum Teil in London bei Karl Marx, mit dem Meinungsverschiedenheiten nicht ausblieben. Hunger und Not begleitet ihn fast ständig. Doch der Wille zur Veränderung der Verhältnisse in Staat und Gesellschaft ist ungebrochen. Seine journalistischen Arbeiten, sein Mut als langjähriger Chefredakteur des "Vorwärts" und nicht zuletzt seine brillanten Reden im Reichstag und Sächsischen Landtag legen dafür ein großartiges Zeugnis ab. Gemeinsam mit August Bebel führt er die Sozialdemokratie von Erfolg zu Erfolg. An der Vereinigung von "Eisenachern" und "Lassallanern" auf dem Parteitag zu Gotha hat er entscheidenden Anteil.

Daß Liebknecht bereits zu Lebzeiten Legende geworden war, offenbarte sich, als seine sterbliche Hülle zu Grabe getragen wurde. Hunderttausende standen Spalier. Sein Begräbnis wurde zu einer Huldigung, wie sie zuvor nur Kaisern und Königen entgegengebracht worden war. Die Menschen spürten, daß Freiheit und soziale Gerechtigkeit einen ihrer besten Anwälte verloren hatten.

### Feuchtes Wahlkampfpulver der CDU

Hessische Dorfgemeinschaftshäuser finden nach wie vor großen Anklang  
Von Fritz-Hans Rückel

Auf der Suche nach Wahlkampfmunition, hat der von der CDU herausgegebene Deutschland-Union-Dienst dieser Tage einen Versuch am untauglichen Objekt unternommen. Ausgerechnet die hessischen Dorfgemeinschaftshäuser sollten dazu herhalten, die fortschrittlichen Programme Hessens zugunsten seiner Gemeinden in Frage zu stellen. Doch was der Union-Dienst im Jargon von gestern als "sozialdemokratisches Experimentierfeld" bezeichnet, ist in Hessen selbst längst nicht mehr Gegenstand von Grundsatzdiskussionen. Was die Förderung von Gemeinschaftshäusern anbetrifft, so meldet sich auch im Hessischen Landtag keine oppositionelle Stimme mehr zu Wort. In der Tat, in einem Feldzug gegen dieses Programm, sind auch keine Wählerstimmen zu gewinnen.

Was dem DUD aber sicherlich ebenfalls entgangen ist, ist die Tatsache, daß sich neuerdings auch die Bundesregierung an der Förderung von Gemeinschaftshäusern beteiligt. So hat der Bund zugesagt, 50 Prozent der Kosten für die Errichtung des Gemeinschaftshauses in Eschwege zu übernehmen. Auch das Land Niedersachsen hat das hessische Beispiel aufgegriffen und fördert jetzt Dorfgemeinschaftshäuser mit Landesmitteln.

Dies sind nicht die einzigen Argumente, die die Behauptung entkräften, die Idee der Gemeinschaftshäuser fände von Jahr zu Jahr weniger Anklang. Der Beweis dafür, daß das Gegenteil richtig ist und daß das hessische Förderungsprogramm nichts von seiner Anziehungskraft verloren hat, sind die zahlreichen Wünsche die ständig aus allen Teilen des Landes an die hessische Landesregierung herangetragen werden. So hat Innenminister Heinrich Schöneider bei der Verkündung des diesjährigen Programms die Gemeinden um Verständnis dafür gebeten, daß das Land nicht alle Anträge innerhalb weniger Jahre berücksichtigen kann, sondern die Förderung auf einen längeren Zeitraum verteilen muß. Obwohl bis zum 31. Mai 1965 in Hessen 300 Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen in Betrieb genommen wurden, lagen zu diesem Zeitpunkt bereits weitere 460 Anträge im Hessischen Innenministerium vor.

Auch die hier und da geäußerten Bedenken, die hessischen Gemeinschaftseinrichtungen würden von den Einwohnern nicht richtig genutzt, erweisen sich bei näherem Hinsehen als nicht stichhaltig. Untersuchungen haben ergeben, daß zahlreiche Dorfgemeinschaftshäuser an mehr als 250 Tagen, einige bis zu 300 Tage, im Jahr benutzt werden. Bestimmte Gemeinschaftseinrichtungen, vor allem solche, die der Arbeitserleichterung oder einer praktischen Verwendung dienen, wie Tiefgefrieranlagen, Pflanzenschutzräume, Waschanlagen oder Backhäuser erfüllen ihren Zweck sogar fast täglich.

Weniger gut meßbar nicht minder wichtig sind die Impulse, die von den Gemeinschaftshäusern auf das Vereinsleben, auf die Tätigkeit von Jugendgruppen, auf die Arbeit des Volksbildungswerks oder anderer ört-

licher Vereinigung und Organisationen ausgehen. Dazu eine Stimme aus dem  
Zonengrenzkreis Rotenburg an der Fulda. D e k a n M ü n c h n e r:

- \* "In dem Dorf B r a a c h ist seit neun Jahren ein Dorfgemeinschafts-
- \* haus in Betrieb. Rückschauend kann ich nur sagen, wir in Braach haben
- \* mit diesem Haus die besten Erfahrungen gemacht. Viel Gutes und Schö-
- \* nes ist seither in seinen Räumen geboten worden. Dadurch ist die Freu-
- \* de am Leben im Dorf gemehrt und der Gemeinsinn gewachsen."

Dafür, daß die hessischen Dorfgemeinschaftshäuser, Bürgerhäuser und  
Mehrzweckhallen nicht zu aufwendig und auch nicht ohne gründliche vor-  
ausschauende Planung gebaut werden, sorgen nicht zuletzt die strengen  
Förderungsrichtlinien und die fachliche Beratung des Landes. Die Beweg-  
lichkeit des Programms ermöglicht für jedes einzelne Projekt eine den be-  
sonderen Verhältnissen eines Ortes entsprechende Lösung. - Hessen fördert  
auch 1965 wieder 50 Gemeinschaftshausprojekte. Die Zielvorstellungen des  
"Großen Hessenplanes" sehen vor, daß bis zum Jahre 1974 insgesamt 500  
Dorfgemeinschaftshäuser, 120 Bürgerhäuser und 200 Mehrzweckhallen fertig-  
gestellt werden sollen.

+ + +  
Zeit für Gerüchtemacher

Geschwätz um künftige Koalitionsbildungen

sp - Für Gerüchtemacher, die gern das Gras wachsen hören, ist eine  
große Zeit hereingebrochen. Auch sonst ernstzunehmende Zeitungen betei-  
gen sich daran, lassen der Phantasie ihre Zügel schießen. An "informier-  
ten Kreisen" fehlt es nicht und das Thema, an dem sie sich versuchen,  
ist die Regierungsbildung nach dem 19. September. Es verursacht ziemlich  
viel Nervosität, gibt dem Foder ab für wahre Fühbergeschichten und läßt  
die wildesten Kombinationen entstehen. Anlaß dazu gab der Bundeskanzler  
mit seiner wiederholten Bemerkung, er sei ein Gegner der großen Koali-  
tion und werde es bleiben. Sein Stellvertreter Merde drückte sich zwar  
etwas vorsichtiger aus, aber ginge es nach ihm, so sollte das Zweige-  
spann Erhard-Merde auf den Kanzlersessel wiederkehren. Diese Rechnung  
wird nicht aufgehen. Sie ist ohne den Wähler gemacht. Er allein hat zu  
bestimmen, wie die neue Regierung auszusehen hat. Diese Binsenwahrheit  
nehmen die Gerüchtemacher nicht zur Kenntnis, sie kombinieren und fabu-  
lieren gewissermaßen im luftleeren Raum. Maßgebenden Politikern der  
Unionsparteien kam die einseitige Festlegung des Bundeskanzlers recht  
ungelegen, sie sehen darin eine Beeinträchtigung ihrer Entscheidungsfrei-  
heit und wollen nicht ihr Schicksal an eine Koalition ketten, die in sich  
zerrissen ist und traurige Proben ihrer Unfähigkeit geliefert hat. Die  
Sozialdemokraten halten sich aus diesem Fabulierbetrieb heraus. Für sie  
gibt es keine Absprachen vor der Wahl und wird es auch keine geben. Ihr  
Ziel bleibt unverrückbar: die stärkste Wählerpartei zu werden mit dem  
Auftrag, die noch amtierende Koalition abzulösen. Sie hat gute Aussich-  
ten, ihr Ziel zu erreichen.

Botschafter...

Beobachtungen und Stimmungen in Israel

Von Georg Scheuer, z.Z. in Tel-Aviv

"Daß man ihn mit faulen Tomaten empfangen wird, darauf ist der erste westdeutsche Botschafter für Israel, Dr. Pauls, vorbereitet". So kommentiert eine relativ gemäßigte israelische Presse, z.B. die deutschsprachige "Jedith Chadashot" (Neueste Nachrichten), die letzten Beschlüsse einer Reihe von israelischen Jugendorganisationen, darunter auch der national-religiösen Regierungspartei (es gibt außerdem zwei oppositionelle religiöse Parteien), anläßlich des Botschafterempfanges Protestaktionen zu veranstalten, scheinen diese Befürchtungen zu bestätigen. Im Widerspruch zu einem diplomatischen Zweckoptimismus in Tel-Aviv ebenso wie in Bonn stößt man in Gesprächen mit israelischen Bürgern immer noch auf deutliche Vorbehalte. Hätte man nicht da und dort einen "unbelasteten Zivilisten" ernennen sollen, fragen viele Israelis, die wirklich für Verständigung sind. Die radikaleren Kreise schlagen allerdings schärfste Töne an.

"Mit Dynamit geladen"

Schweigedemonstrationen und stille Protestkundgebungen der Linksoption (Mapam) und der Rechtsopposition (Cheruth) waren schon seit langen vorgesehen. Die Frage ist nur, ob es dabei bleibt. Der angekündigte Studentenstreik dürfte infolge der Sommerferien in den wunderschönen Tiberiassee fallen. Es gibt aber noch einige andere Klippen. Der für Bonn vorgesehene Botschafter Ben Nathan spricht als gebürtiger Wiener deutsch als Muttersprache. Er kam 1938 nach Israel. Versteht Dr. Pauls Israels Landessprache, kennt er die Gepflogenheiten dieses Landes, die "kleinen" Fragen, die hier für viele Menschen "mit Dynamit geladen sind"? - Diese Frage stellt man mir in Jerusalem und in Tel-Aviv immer wieder.

"Deutschlandhymne" in Tel-Aviv?

Die Minister zerbrechen sich jetzt noch über folgende Punkte den Kopf: soll ein israelisches Orchester das "Deutschlandlied" spielen, das noch so vielen Juden als Grabgesang in den Ohren klingt? Wird Israels Staatspräsident Dr. Pauls empfangen oder vielleicht "gerade im Urlaub" sein? Voraussichtlich werden alle diese Fragen positiv beantwortet. Die Zeremonie für Dr. Pauls wird genauso erfolgen, wie für alle anderen Botschafter. Aber all das geschieht sehr schweren Herzens und mit einem unguuten Gefühl.

Lichtpunkte

Es gibt aber auch Lichtpunkte in diesem Panorama. Die wachsende Masse der jüdischen Einwanderer aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika hat unter dem Hitlerregime nicht direkt gelitten. Sie betrachtet den Botschafteraustausch mit der Bundesrepublik als selbstverständliche Notwendigkeit. Die Widerstände kommen von europäischen Israelis und nicht zuletzt von Menschen, deren Wiege in Deutschland stand und die den Nazismus selbst erlebten und das schreckliche Ende ihrer Angehörigen nicht vergessen können. Hinzu kommen innenpolitische Komplexe. 1965 ist auch in Israel Wahljahr. Die Opposition aller Richtungen spart nicht mit Demagogie. Wären diese Minderheitsparteien an der

Regierungskoalition beteiligt, würden sie wahrscheinlich nicht anders handeln, als die gegenwärtige Koalition der Mapai mit den religiösen Parteien.

### Deutsche Jungsozialisten - die besten Botschafter

Die große Hoffnung für eine Verständigung bleibt die Jugend. Die zahlreichen jungen Israelis, die im Juli auf den Karmelberg in Haifa an internationalen sozialistischen Jugendlager teilnahmen, fanden ohne weiteres eine gemeinsame Sprache mit den Menschen, die glücklicherweise auch aus Deutschland gekommen waren, nicht nur zur internationalen Diskussion, sondern vor allem auch um Israel kennenzulernen, das Land und die Leute von Galiläa bis zur Negebwüste. Sie wurden hier überall mit offenen Armen und herzlicher Gastfreundschaft empfangen. Sie sind, fernab von aller offiziellen Diplomatie, die besten Botschafter Deutschlands in Israel.

+ + +

### Geschehen in Holland...

sp - Die Holländer haben sich etwas einfallen lassen, was eigentlich in Deutschland hätte geschehen müssen. Die Rundfunkgesellschaft VARA entdeckte in Essen den aus Kattowitz stammenden Deutschen Bruno M o t z k o, der während des Krieges vier Juden drei Jahre lang in seinem Haus versteckt hatte und ihnen dadurch das Leben retten konnte. Unter großen persönlichen Opfern versorgte er die vier Juden mit Lebensmitteln und setzte sich durch sein menschliches Verhalten selbst der Todesstrafe aus. Bruno Motzko hat dann nach dem Kriege versucht, in irgend einer Form in der Bundesrepublik als entschädigungsberechtigt anerkannt zu werden. Das ist ihm n i c h t gelungen! Seit mehreren Jahren lebt Motzko - heute 66 Jahre alt - von einer monatlichen Unterstützung in "Höhe" von DM 175. Eingaben an Behörden und bekannte Persönlichkeiten führten zu nichts. Motzkos großartiges Verhalten während des dritten Reiches wurde nicht als "Akt des Widerstandes" anerkannt.

Nun hat die holländische Rundfunkgesellschaft unter Schilderung dieses Schicksals ihre Zuhörer aufgefordert, Geld zu spenden, damit Bruno Motzko die verdiente Anerkennung erhält. Innerhalb weniger Stunden ging beim holländischen Rundfunk die f ü n f-fache Summe des Betrages ein, der in der betreffenden Sendung erbeten worden war.

Als am Dienstag dieser Woche im Westdeutschen Fernsehen diese Geschichte erzählt wurde, meinte der deutsche Sprecher, er sei doch etwas betroffen darüber, daß das Deutsche Fernsehen nicht eine solche Idee gehabt habe.

Wir können diese Betroffenheit sehr gut verstehen...

+ + +